

einflussen werden. In der Großen Koalition sind verschiedene Ressorts für die Kulturpolitik zuständig, weil den Koalitionspartner der Mut gefehlt hat ein eigenständiges Bundeskulturministerium zu installieren. Auch im Bereich Digitales gibt es nicht den einen von der Internet-En-

quete-Kommission des Deutschen Bundestages geforderten Staatsminister für Digitales, sondern auch hier sind die Verantwortlichkeiten in verschiedenen Ressorts verstreut. Hier wurden Chancen für mehr Klarheit und damit mehr Effektivität verpasst.



Olaf Zimmermann

ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von »Politik & Kultur« der Zeitung des Deutschen Kulturrates.
o.zimmermann@kulturrat.de



Gabriele Schulz

ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates.
g.schulz@kulturrat.de

Gespräch mit Oliver Scheytt

»Die SPD ist an den sozialen Problemen der Künstlerinnen und Künstler näher dran«

Der Kulturpolitiker und -manager Oliver Scheytt war 2013 Mitglied im Kompetenzteam von SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück. Er ist Professor für Kulturpolitik an der Hochschule für Musik und Theater Hamburg. Zusammen mit Fritz Pleitgen konzipierte und organisierte er als Geschäftsführer das Programm der Europäischen Kulturhauptstadt RUHR 2010. Zu seinen Erfahrungen im Wahlkampf, zum deutschen Kulturföderalismus und dem Verhältnis der SPD zu den Kulturschaffenden befragte ihn Klaus-Jürgen Scherer, Geschäftsführer des Kulturforums der Sozialdemokratie.

NG/FH: Herr Scheytt, Sie waren im Bundestagswahlkampf gewissermaßen ein parteipolitischer Quereinsteiger. Welche Erfahrungen haben Sie im letzten Jahr in dieser Rolle gemacht?

Oliver Scheytt: Ich bin ja kein absoluter Neuling in der Politik. Ich arbeite seit 1980 in der SPD, seit vielen Jahren im Kulturforum der Sozialdemokratie und war auch als Kulturdezernent ein Grenzgänger zwischen Politik und Verwaltung. Aber klar ist

auch: Wahlkampf auf Bundesebene ist dann doch nochmal etwas anderes. Als ich von 2003-2007 in der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« mitgearbeitet habe, ging es ja mehr um die fachlichen Dinge. Man hatte vier Jahre lang Zeit, an einem Thema zu arbeiten. Im Wahlkampf merkt man, wie hektisch es mitunter ist, dass es um Entscheidungen im Stundentakt geht. Diese Erfahrung hat mich bereichert, besonders aber auch meine große Reise durch die Kulturlandschaft Deutschlands: von der kleinen Kulturinitiative bis zum Reichsparteitagsgelände, von Weltkulturerbestätten in Sachsen-Anhalt bis zu saarländischen Finanzproblemen.

NG/FH: Wie muss man sich einen »Kulturwahlkampf« vorstellen? Es ist ja ein recht neues Phänomen, dass Kulturpolitik so viel Aufmerksamkeit im Bundestagswahlkampf erfährt.

Scheytt: Ich glaube, wir können den Erfolg, dass eine Arbeitsgruppe Kultur und Medien in den Koalitionsverhandlungen eingerichtet wurde, dass ein eigenes Kul-

turkapitel im Koalitionsvertrag steht, auch uns zuschreiben. Zunächst hatte Peer Steinbrück jemanden in sein Kompetenzteam geholt, der für Kultur zuständig ist. Dann haben wir uns sofort mit Vertretern der Bundestagsfraktion zusammengesetzt, mit dem Deutschen Kulturrat, mit dem Vorstand des Kulturforums. Und wir haben daraus eine Strategie, eine kulturpolitische Agenda entwickelt.

Natürlich hat die Kultur nicht die zentrale Rolle im Wahlkampf gespielt, aber in den Feuilletons, den Fachgremien und Veranstaltungen konnten wir auf der Basis dieser Strategie auftreten: Einforderung einer konzeptgestützten Kulturpolitik, Berücksichtigung der Sorgen und Nöte der freien Szene und des Prekariats in der

rerin aus dem Ruhrgebiet über die Leiterin der dänischen Bibliothek in Flensburg, bis hin zu Prominenten wie der Schauspielerin Ursela Monn, geäußert. Für uns war es sehr wichtig, eine Resonanz zu bekommen, wie unsere Ideen ankommen oder was wir noch aufgreifen müssen.

NG/FH: Worin bestehen denn im Bereich der Bundeskulturpolitik die entscheidenden Unterschiede zur Union? Eigentlich hört man doch meist, die Kulturpolitik unterscheidet sich nur in Nuancen, die Hauptdifferenz liege bei der Finanzierung?

Scheytt: In der Tat gibt es in der Kulturpolitik keine gravierenden Meinungsunter-

» Das Thema NSA-Skandal ist zutiefst eine Frage unseres kulturellen Handelns, unserer Identität. «

Künstlerschaft – Stichwort: Urheberrecht, Künstlersozialversicherung etc. Wir haben uns aber auch mit generellen Fragen auseinandergesetzt, wie dem Freihandelsabkommen, der Digitalisierung etc. Am Ende haben wir gesagt: Weil die Kultur uns so wichtig ist, machen wir dazu eine Arbeitsgruppe der Koalition.

NG/FH: Es gab u.a. Ihre Initiative »Worte für den Wechsel«. Hier konnten sich Leute auf einen roten Klappstuhl setzen und sagen, was sie von der Kulturpolitik erwarten. Gab es da neue Erkenntnisse?

Scheytt: Gedacht war das als eine Art Speakers' Corner. Die Statements wurden auf unsere Internetseite und auf youtube gestellt. Es gab zwar nicht zehntausende von Klicks auf diesen Seiten, aber wir haben damit deutlich machen können, dass wir die Sorgen und Wünsche von kulturinteressierten Bürgern und Kulturschaffenden ernst nehmen – und das hat noch einmal einen besonderen Akzent gesetzt. Hier haben sich viele, von der Kunstleh-

schiede, das zeigte sich auch in der Koalitionsverhandlung. Wir kommen da meistens zu einem Konsens. Der Unterschied besteht aber darin, dass die SPD an den sozialen Problemen der Künstlerinnen und Künstler näher dran ist, eine wesentlich umfassendere Sichtweise auf Kunst und Kultur hat und die Kultur- und Kreativwirtschaft grundsätzlich anders betrachtet. Nicht umsonst hat ja die SPD auf Bundesebene den Kreativpakt ins Leben gerufen. Insofern würde ich zusammenfassen: Wir sind konzeptgestützter, haben einen anderen Blick auf die Grundprinzipien der kulturellen Teilhabe und kulturellen Vielfalt. Das ist bei uns noch mehr untermauert. Zudem verstehen wir Bundeskulturpolitik auch im Zusammenwirken von Bund und Ländern, das Stichwort dazu lautet: kooperativer Kulturföderalismus. In den Kommunen und Ländern gibt es viele Kulturschaffende, die mit uns zusammen denken und die vor allem von uns etwas auf Bundesebene erwarten. Wir sollen die Rahmenbedingungen verbessern, nicht nur einzelne Institutionen fördern, weil sie

bedeutsam sind, etwa in Ostdeutschland oder in Berlin, sondern einen gesamtdeutschen Blick entwickeln. Diese Sichtweise hatte die Union nicht und das konnten wir in den Koalitionsverhandlungen durchsetzen.

NG/FH: Sie sind ja nicht nur ein pragmatischer Politiker, sondern auch konzeptionell gut aufgestellt. Im Wahlkampf haben Sie, für mich überraschend, immer wieder auf die Thesen zweier Bücher rekurriert: *Mentaler Kapitalismus* von Georg Franck und *Mainstream* von Frédéric Martel. Kulturpolitik ist also Gesellschaftspolitik. Letztlich geht es eben doch um mehr als nur um die soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler oder konkrete Fragen der Kulturförderung?

Scheytt: Unsere Gesellschaft verändert sich durch den digitalen Wandel auch im Hinblick auf das, was wir Kapitalismus nennen, völlig. Heute geht es nicht mehr

darum, irgendwo eine Produktionsstätte zu haben und Waren abzusetzen. Die eigentliche Macht wird heute über das Internet ausgeübt von denen, die da an den Netzwerkknoten sitzen. Die Produktionsstätte kann heute z.B. in jedem Haushalt sein. Dort werden die Ideen und Datenflüsse kreiert. Das bedeutet, dass jeder Mensch Teil dieser riesigen Produktionsmaschine »mentaler Kapitalismus« sein kann. Dieser mentale Kapitalismus birgt nun aber die ganz große Gefahr, dass man gar nicht mehr merkt, wenn man ausgebeutet und abgehört wird. Ich glaube, dass es uns im Wahlkampf gelungen ist, deutlich zu machen, dass das Thema NSA-Skandal nicht nur eine Frage von Freiheit und Sicherheit ist, sondern zutiefst eine Frage unseres kulturellen Handelns, unserer Identität. Denn wenn die großen Medien- und Internetkonzerne über das Netz in der Lage sind, alles abzuschöpfen und auszuwerten, dann sind sie die wahren Machtfaktoren. Ich glaube, dass das völlig unterschätzt wurde.

Nun müssen wir erkennen, dass ein einzelner Staat völlig überfordert ist. Er kann zwar Fragen wie die Ausgestaltung des Urheberrechts und anderes mehr klären, aber was eigentlich dahinter steht, ist doch, dass die großen Konzerne bereits wissen, was die Menschen denken, was sie fühlen, welche Vorlieben sie haben. Dagegen war »Big Brother« geradezu eine Karikatur.

NG/FH: In dem Buch *Mainstream* geht es eher um die amerikanische Filmindustrie. Das hat ja vielleicht auch mit der europäischen Diskussion um das Freihandelsabkommen zu tun.

Scheytt: Der französische Kultursoziologe Frédéric Martel hat fünf Jahre lang 30 Länder weltweit bereist und beschrieben, wie die Netzinhalte produziert und verkauft werden. Während Georg Franck mehr die Abschöpfung analysiert, beschreibt Martel nun, wie der Content erstellt und verkauft wird, dass eben die große Gefahr darin besteht, dass die kulturelle Vielfalt durch die Medienkonzerne an den Rand gedrängt wird. Er beschreibt, wie Kultur beeinflusst wird, durch Film, durch Medien, die in jeder Hinsicht über das Internet verbreitet werden können. Hier müssen wir klar erkennen, dass Europa gegenüber Asien und auch vor allem den USA eine gewisse Schwäche aufweist. Wir haben zwar eine große kulturelle Vielfalt – das ist ja eigentlich unsere Stärke –, aber wir können diese schon allein aufgrund der sprachlichen Unterschiede und der verschiedenen kleinteiligen Produktionsformen gar nicht so auf dem Weltmarkt positionieren wie es die amerikanische Industrie kann. Das erklärt auch, warum die USA die Kultur ins Freihandelsabkommen aufnehmen will. Sie wollen ihre Marktmacht ausspielen, obwohl sie bis heute das wichtigste völkerrechtliche Abkommen zur Kultur nicht unterzeichnet haben, nämlich das UNESCO-Abkommen zum Schutz der kulturellen Vielfalt. Denn es ist ihnen ein Dorn im

Auge, dass hier Minderheiten geschützt werden sollen.

Wenn man das alles zusammennimmt, dann müssen wir ganz klar erkennen, dass wir, Deutschland und Europa, zusammenstehen und unsere kulturelle Vielfalt als Schatz bewahren müssen, denn sie ist im globalen Zusammenhang ein riesiger Vorteil. Amerikanische Orchester spielen vor allem europäische Komponisten, das MoMa aus New York hat in der Berliner Neuen Nationalgalerie europäische Werke gezeigt. Die Amerikaner definieren also einen großen Teil ihrer Identität auch aus der europäischen Tradition heraus. Insofern sollten wir da auch selbstbewusst auftreten.

NG/FH: In Ihrem eigenen Buch *Kulturstaat Deutschland* geht es vor allem um unsere Kulturnation, Sie fordern aber auch eine europäische Kulturpolitik. In diese Richtung müsste es also gehen?

Scheytt: Deutschland ist ja vom Föderalismus geprägt. Das ist sehr gut, denn gerade in der Kultur werden die Angelegenheiten vor allem in den Kommunen und den Ländern wahrgenommen. Es gibt aber zwei Entwicklungen: Zum einen haben die Länder und Kommunen finanziell große Schwierigkeiten. Bibliotheken wurden geschlossen, Museen darben und Ähnliches mehr. Auf der einen Seite ist das ein Problem unserer föderalen Struktur, dass eben hier eine Ungleichverteilung entsteht, weil es strukturell stärkere und schwächere Regionen gibt. Davon abhängig gibt es dann natürlich beispielsweise bessere und schlechtere Musikschulen, kostenintensive oder kostengünstige. Der Föderalismus hat insoweit Stärken und Schwächen, für die wir mehr Sensibilität entwickeln sollten. Zudem müssen wir aber im Blick behalten, dass Europa und Deutschland in der heutigen globalen Struktur von Kulturproduktion und -vermarktung nicht nur auf Dezentralität setzen dürfen. Dann

verlieren wir in diesem Kampf des »mentalen Kapitalismus«. Wir müssen uns überlegen, wie wir die künstlerischen Stärken in Deutschland auch international so platzieren, dass damit ein Gegengewicht entsteht und wir nicht ausgebootet werden, indem die besten Dinge abgesaugt und uns dann wieder verkauft werden. Das hat natürlich auch viel mit unserer eigenen Identität zu tun, so dass die Notwendigkeit, auf der Bundesebene Kulturpolitik zu stärken, offensichtlich ist. Nur so gelingt es, unsere eigene Identität und kulturelle Stärke auf Dauer zu erhalten.

NG/FH: Künstler, Intellektuelle und SPD-Kulturpolitik hatten ja früher schon einmal ein fast symbiotisches Verhältnis, bei Willy Brandt und den damals bekanntesten Schriftstellern etwa. Wie sieht es da heute aus? Eine ganze Reihe von Kulturschaffenden und Autoren haben vor der Bundestagswahl sogar – im Grunde antidemokratisch – zum Nichtwählen aufgerufen.

Scheytt: Immerhin hat sich auch 2013 eine Mehrheit für die Unterstützung der SPD ausgesprochen. Es ist aber in der Tat heute so, dass sich Künstler nicht mehr eindeutig einem Lager zuordnen lassen, wie es ja auch eigentlich keinen Lagerwahlkampf mehr gibt. Das hat natürlich zum einen damit zu tun, dass der eine oder andere hofft, gefördert zu werden, und sich daher auch nicht outet, um bei einer Niederlage der präferierten Partei keine Nachteile zu erleiden. Aber ich will es nicht darauf reduzieren, dies ist eher die Ausnahme. Zum anderen sind Künstler immer auch ein Spiegel unserer Gesellschaft. Und wir haben eben heutzutage eine ausdifferenziertere politische Landschaft, eine größere Vielfalt an Meinungen und es dominiert nicht mehr die dezidierte Unterscheidung nach links und rechts.

Insgesamt aber stehen wir als Sozialdemokratie in dieser Beziehung gar nicht

so schlecht da. In den Kommunen sind wir in einem engen Dialog mit Künstlerinnen und Künstlern. Das kann natürlich alles noch verbessert werden, aber da sind wir meiner Meinung nach gegenüber Union und FDP im Vorteil.

Oft haben Sozialdemokraten indes gegenüber Künstlerinnen und Künstlern eine innere Zurückhaltung, was da passiert, ist ihnen nicht immer ganz geheuer. Nach wie vor haben Kunst und Kultur eine Elite-Konnotation, die manchen Politiker vor Ort abschreckt. Da sind Unions- und liberale Politiker offener, umgeben sich gerne mit Künstlern, weil sie das als »schick« empfinden. Und diese Form von Anerkennung spüren die Künstler.

Künstler sind nicht mehr so politisiert und politisierend wie früher und deshalb ist es umso mehr unsere Aufgabe in diesen Dialog mit einer offenen und wertschätzenden Haltung hineinzugehen.

NG/FH: Die Große Koalition ist durch die Wählerinnen und Wähler erzwungen worden. Gibt es angesichts der Verhandlungsergebnisse Gründe, warum diese ungeliebte Koalition kulturpolitisch eine Chance verdient hat und sinnvoll ist?

Scheytt: Für die Kulturschaffenden ist eine Große Koalition wahrscheinlich besser als viele andere Koalitionen. Als ich in Essen als Kulturdezernent begonnen habe, hatte ich die absolute Mehrheit der SPD im Rücken, das reichte aus, um einmal im Monat die entscheidenden Beschlüsse in einem bestimmten Arbeitskreis hinzubekommen. Doch musste man auch schon einmal mit dem einen oder anderen Kulturbanausen in den eigenen Reihen streiten.

Insgesamt ist die SPD in solchen Konsultationen wie jetzt im Bund zwar immer die treibende Kraft, aber die CDU hat ein besonders aufgeschlossenes Verhältnis vor allem zu den großen, traditionellen Kulturinstitutionen. Weil wir uns für die Künst-

lerschaft, das Urheberrecht, die Künstler-sozialkasse und dergleichen einsetzen und damit das soziale Gewissen einbringen, und die Union auf Bundesebene das Repräsentative betont, ist in dieser Kombination die ganze Bandbreite von Kultur abgedeckt. Bei der FDP hätten wir dagegen Probleme mit der Förderung der Freien Szene und die Grünen haben häufig Probleme damit, die großen Kultureinrichtungen zu fördern. Insofern ist für die Kulturpolitik diese Große Koalition nicht von Nachteil.

NG/FH: Eine persönliche Frage zum Schluss: Kann man eigentlich als Kulturpolitiker oder als Kulturunternehmer mehr bewegen?

Scheytt: Ich habe mir als Kulturunternehmer ein Feld ausgesucht, wo ich eine Menge bewegen kann. Zum Beispiel bei der Frage, wer welche Positionen besetzt. Personalentscheidungen halte ich neben der Frage nach den Finanzen für die wichtigsten Entscheidungen.

Aber die Wirkung ist natürlich umfassender, wenn man bei den Verhandlungen zum Koalitionsvertrag dabei sein und Formulierungen einbringen konnte, die wahrscheinlich in den nächsten vier Jahren wichtige Entwicklungen in der Kulturpolitik in Deutschland mitbestimmen. Insofern freue ich mich, dass ich auf beiden Handlungsfeldern so aktiv mitgestalten kann.

Steven Seifert

Nichtwählen mit »Niveau«

Einige Intellektuelle haben der Demokratie vor der Bundestagswahl einen Bärendienst erwiesen

Im Vorfeld der Bundestagswahl wurde ausgiebig über das Nichtwählen diskutiert. So wussten zum Beispiel Studien der Friedrich-Ebert-, Konrad-Adenauer- und Bertelsmann-Stiftung sowie der ProSieben-Sat1 Media AG zu berichten, wer aus welchen Gründen nicht mitmachen wird, und lieferten damit die Grundlage für entsprechende Debatten. Dabei gab vor allem die Vermutung, dass die Wahlbeteiligung auf unter 70 % sinken könnte, Anlass zur Sorge, weil dies einen Negativrekord bei Bundestagswahlen bedeutet hätte. Zur seit Jahren größer werdenden Gruppe der Nichtwähler gehören den Erhebungen zufolge vor allem Jüngere und Nicht-Privilegierte (»bildungsfern«, einkommensschwach). Übereinstimmend wurde die Gefahr einer »Schieflage der gesellschaftlichen Repräsentanz der Wählenden« (FES) bzw. einer

»sozial gespaltenen Demokratie« (Bertelsmann) betont.

Darüber hinaus kündigten aber auch einige Intellektuelle und Kulturschaffende an, dass sie am 22. September nicht wählen würden. In einer großen Umfrage der ZEIT unter dem Titel »Was wir wählen – Die Qual der Wahl« hielten Peter Sloterdijk und Harald Welzer keine der etablierten Parteien ihrer Stimme für würdig und Richard David Precht erklärte: »Parteien tragen heute in der Gesellschaft kaum noch zur politischen Willensbildung bei. Sie sind primär Selbsterhaltungssysteme ohne echten Austausch mit anderen gesellschaftlichen Systemen. (...) So gesehen ist selbst die Wahl zwischen Wählen oder Nichtwählen nicht wirklich wichtig«. Ähnlich äußerte sich auch Gabor Steingart schon vor der Wahl 2009 in *Die Machtfrage*.